



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/142 - 23. Juni 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Konjunkturdebatte findet erst statt	S. 1
Frankreich vierte Atomgrossmacht	S. 3a
Im Armenhaus des Geistes	S. 4
Besatzungskinder und Stationierungskosten	S. 6

Verantwortungsscheue Regierung

rd. Wäre es nicht zu abgedroschen und bereits zur Praxis der Koalitionsparteien und Regierung geworden, die demokratischen Spielregeln zu missbrauchen, so müsste man über die Behandlung der Konjunkturprobleme im Bundestag das Motto setzen: Schwarzer Freitag für die Demokratie. Es hat nämlich gar keine Konjunkturdebatte stattgefunden. Es gab eine Regierungserklärung zur Konjunkturlage, zwei grosse Anfragen der SPD und FDP an die Regierung, die von beiden Parteien begründet wurden, und zwei mangelhafte Antworten der zuständigen Ressort-Minister. Die Debatte selbst soll erst am kommenden Dienstag folgen. Sie wurde unter rücksichtsloser Ausnutzung der Mehrheitsverhältnisse durch die Koalitionsparteien vertagt, obgleich man sich seit Wochen in Absprachen auf das Ausdiskutieren der Konjunkturfragen an diesem Freitag verständigt hatte.

Gleich zur Eröffnung der Bundestagsitzung protestierte der FDP-Abgeordnete Dr. Scheel und mit ihm der Abgeordnete Dr. Deist gegen die unfaire und die Rechte des Parlamentes missachtende Art, vor die Beantwortung der grossen Anfrage eine Regierungserklärung zum gleichen Thema abzugeben. Und diese Regierungserklärung mit der gleichzeitigen Verkündung eines hochtrabend bezeichneten "Konjunkturprogramms" der Regierung, zeigte bereits, dass sich alle Befürchtungen der ernsthaft um unsere Konjunktur besorgten politischen Kreise, die Regierung könnte den Interessentengruppen unterliegen und deren Forderungen durch Zugeständ-

nisse weitgehend entgegengekommen sein, bewahrheiten.

Statt wirksamer Massnahmen, lahme Appelle

Die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten, auf deren verhängnisvolle Wirkung in der Preisüberhitzung die BIL wiederholt hingewiesen hat, und hier insbesondere die sogenannte "degressive Abschreibungsmethode", worden nicht eingeschränkt. Die Regierung beschränkte sich auf einen Appell an die Wirtschaft, ihre Investitionen auf die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten abzustellen. Das kann aber ebenso gut ein Appell sein, die Investitionen noch mehr auszuweiten, wenn die "betrieblichen Notwendigkeiten" es erfordern. Dagegen wird sie die Investitionen des Bundes selbst um 10% kürzen, ausgenommen den sozialen Wohnungsbau und die Bauten für Verteidigungszwecke. Zugleich soll an die Länder und Gemeinden appelliert werden, ihre Bautätigkeit vorübergehend einzuschränken.

Zur Begünstigung des Sparens werden die Festlegungsfristen der Sparkonten von zehn und sieben auf nunmehr drei Jahre herabgesetzt, und "Einkommensteuerpflichtige" sollen bis zu 5% ihres Einkommens von der Steuer absetzen können, wenn sie 10% des Einkommens sparen und auf mindestens drei Jahre festlegen. Der Clou dieses Punktes ist jedoch die Ankündigung der Bundesregierung, das Vermögen des Bundes über Investmentanteile der Bevölkerung zum Kauf anzubieten. Hier ist der Wahlschlag des nächsten Jahres vorbereitet worden, und zugleich der Ausverkauf des Bundesvermögens an die kapitalkräftigen Kreise der Wirtschaft, da die "Bevölkerung" aus ihrem Einkommen kaum in der Lage sein wird, Anteile des Bundesvermögens zu erwerben; dafür sorgt die Preisentwicklung in der sozialen Marktwirtschaft, die auch durch diese konjunkturpolitischen Massnahmen nicht gedämpft werden wird.

Sofort die Bundesregierung von der beantragten und bewilligten Ermächtigung für Teilzahlungsgeschäfte prozentuale Mindestanzahlungen und bestimmte Abzahlungsfristen, sowie die doppelte Preisauszeichnung für Ratenkäufe durch Kenntlichmachung des Barpreises und des Ratenpreises Gebrauch macht (?), erreicht sie möglicherweise eine Einschränkung des Ratengeschäftes. Die von ihr angekündigten Massnahmen auf dem Gebiete der Einfuhr- und Zollpolitik sind jedoch so unzulänglich, dass sie auf das Preisniveau keine spürbaren Wirkungen ausüben können. Nach wie vor bleiben die Finanzzölle für Kaffee, Tee, Tabak, Kakao unangetastet, ebenso die Zölle für solche Produkte, die marktwirtschaftlichen Ordnungen unterliegen, wie Milch, Butter, Getreide und Fleisch. Die Zollsenkungen auf dem gewerblichen Sektor werden deswegen ohne

Wirkung bleiben, weil nicht gleichzeitig Massnahmen getroffen sind, noch werden sollen, die garantieren, dass diese Zollsenkungen im Preis an den Verbraucher weitergereicht werden.

Auf dem Wege zur Zwangsschlichtung ?

Besondere Aufmerksamkeit werden die Gewerkschaften den Ankündigungen der Regierung zu widmen haben, die Vorschläge auf Einrichtung paritätisch besetzter Schlichtungsstellen, die verbindliche Sprüche fällen und deren Allgemeinverbindlichkeit die Regierung daraufhin prüfen will, ob sie dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse und der konjunkturellen Lage entsprechen, können bedrohliche Wirkungen auf das Tarifvertragsrecht haben. Nicht weniger bedrohlich ist die Ankündigung Erhards, verstärkte Anstrengungen für Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu machen.

Das also waren die Ankündigungen der Regierung, bevor sie sich zur Beantwortung der Anfrage von zwei Parlamentsfraktionen bereiterklärte. Die Presse hat über diese Anfragen und die mangelhaften Antworten der Ressort-Minister Erhard und Lübke eingehend berichtet und weitgehend den Anschein zu erwecken gesucht, als sei damit die Konjunkturdebatte erschöpft. Tatsächlich wird sie am kommenden Dienstag erst stattfinden und es wäre nur nachzutragen, auf welche Weise und unter welchen Umständen sie von der Tagesordnung verschwand.

Bei Wiedereröffnung der Bundestagsitzung nach der Mittagspause beantragte die CDU Vertagung der Debatte und Fortsetzung der zweiten Lesung des Bundeshaushalts. Das wurde gegen den Protest der Oppositionsparteien beschlossen. Aber nun stand der Bundeswirtschaftsminister auf und forderte zumindestens die Verabschiedung der Zollvorlagen, da sonst entgegen dem Willen des Bundestages und mit Ablauf der alten Zollverordnungen am 1. Juli 1956, die erhöhten Zollsätze vor dem 1. Oktober 1955 wieder in Kraft träten. Das war ein höchst peinlicher Augenblick, denn mit der Behandlung der Zollanträge der Bundesregierung war man doch wieder in der Konjunkturdebatte, deren Besetzung man soeben beschlossen hatte. Es blieb den Koalitionsparteien nicht erspart, durch einen neuen Antrag auf Eintritt in die Zolldebatte ihren eigenen Antrag auf Absetzung der Konjunkturdebatte wieder aufzuheben. Das war ein beschämendes Puzzlespiel mit der parlamentarischen Demokratie, das nur durch die massvolle Behandlung der Zollfragen durch die SPD- und FDP-Fraktion nicht bis zur höchsten Peinlichkeit ausgeweitet wurde.

Abhängigkeit von Wirtschaftsinteressenten

In den Zollvorlagen selber aber kam noch einmal die ganze Abhängigkeit der Bundesregierung von den Wirtschaftsinteressenten zum Ausdruck. Die Koalitionsparteien und die Regierung lehnten in diesen Vorlagen Zollermächtigungen der Bundesregierung und des Bundeswirtschaftsministers zum Zwecke der Herabsetzung von Zöllen zur Dämpfung der Preisüberhitzung rundweg ab. Sie erteilten aber der Regierung die Vollmacht, die soeben vom Bundestag beschlossenen Zollsenkungen sofort wieder aufzuheben, sobald sich daraus "Gefahren für die Wirtschaft" - d.h. also Gefahren für die Gewinne der Erzeuger und des Handels - ergeben könnten. Aber dieser Punkt nebst vielen noch anderen offenen wird am Dienstag zur Diskussion stehen; es bleibt zu hoffen, dass in dieser Debatte der Regierung und den Koalitionsparteien nichts geschenkt wird.

Kein Ende der Atombombenversuche?

ler. Die Zeit scheint nicht mehr allzu fern zu sein, da zu den Mächten, die über die schrecklichsten Vernichtungswaffen verfügen, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Grossbritannien, auch Frankreich als vierte Atommacht hinzukommen wird. Der Rat der französischen Republik hat sich für die Herstellung von Atomwaffen durch Frankreich ausgesprochen. Und die Begründung? Es will nicht auf fremde Unterstützung zum Schutze seiner Unabhängigkeit angewiesen sein. Die Befürworter der Atomwaffenproduktion hoffen, bald in der Lage zu sein, jährlich etwa 100 bis 150 Atombomben herstellen zu können. Das dürfte wohl für die Sicherung der französischen Unabhängigkeit genügen. Es ist anzunehmen, dass Frankreich, sollte es sich zur Produktion von Atombomben entschliessen, natürlich den Ehrgeiz haben wird, das Neueste und Allerbeste auf diesem Gebiet zu produzieren. Es werden H-Bomben sein...

Das eröffnet wahrhaft grauenvolle Ausblicke für die Zukunft der Menschheit. Die bisherigen Atomkräfte hüten das Geheimnis der H-Bombenproduktion, hier gibt es keine internationale Zusammenarbeit; jede Macht muss unter Benutzung der besten Gehirne, über die sie verfügt, gewissermassen von vorn anfangen. Manchmal hilft allerdings auch Spionage. So kamen, wie aller Welt bekannt, die Russen über die ersten Anfangsklappen der Atombombenproduktion hinweg. Sie haben inzwischen mächtig aufgeholt und sind auf diesem Gebiete mit den Vereinigten Staaten gleichwertig, weil sie sich durch gelungene Experimente überzeugt haben, dass auch ihre H-Bomben an unheimlicher Zerstörungskraft sich mit den amerikanischen wohl vergleichen lassen. Die Versuche über die Wirksamkeit dieser Vernichtungswaffen muss jeder Staat selbst vornehmen.

Als Ergebnis eines dieser neuesten Versuche - diesmal waren es die Briten - zieht eine riesige radioaktive Atomwolke über den australischen Kontinent dahin. Sie sei vollkommen ungefährlich, wurde von den Veranstaltern dieser Explosion versichert. Mag dem so sein, sicher ist es jedoch, dass bei einer weiteren Verstärkung der Atomwaffenversuche bis 1962 jeder auf der Welt lebende Mensch der höchst zulässigen Strahlungsmenge ausgesetzt sein würde. Dies sagt einer, der es wissen muss, der amerikanische Atomphysiker Ralph Lapp. Sollten sich die Atombombenversuche jedoch bis 1970 verdoppeln, wären tödliche Auswirkungen für alle Lebewesen unvermeidlich. Lapp steht mit dieser Aussage nicht allein, die berühmtesten Atomphysiker teilen seine Befürchtung und vereinigen sich mit ihm in dem Ruf, von diesem auf kollektiven Selbstmord hinzielenden Experimentierwahn abzulassen.

So lange die Atomgrossmächte ihre Versuche fortsetzen, wird freilich der Drang auch bei kleineren Mächten wachsen, es ihnen gleich zu tun. Heute ist es schon Frankreich und morgen werden andere Länder nachfolgen. Dies alles, "um die Unabhängigkeit zu schützen". Und das Ergebnis? Die Warnungen der Wissenschaftler nehmen es schon vorweg. Sollte dies nicht für alle für das Leben ihrer Völker verantwortlichen Staatsmänner Ansporn sein, durch fortgesetzte Bemühungen um eine weltunspannende Abrüstung dem Wahnsinn der Selbstvernichtung Einhalt zu gebieten?

Bundesrepublik an letzter Stelle

H.M. Die Kenntnis, dass die Gaben des Geistes in der Bundesrepublik keiner vorteilhaften Bewertung unterliegen, ist längst über unsere Landesgrenze hinausgedrungen. Hierzu schreibt beispielsweise der "Manchester Guardian": "Die Studenten Westdeutschlands nehmen nicht teil an wirtschaftlichen Aufschwung, den die Politik der Regierung Adenauers manchen anderen Teilen der Gesellschaft gebracht hat", und das Blatt beschreibt im folgenden die Lebensumstände westdeutscher Studenten, die gezwungen sind, ein aufreibendes Doppelleben zwischen Hörsaal und Arbeitsplatz zu führen.

Es sind über 70 v. H. aller Studierenden, die ihre Ausbildungs- und Lebenskosten zwischen oder während des Semesters durch Werkarbeit verdienen müssen. 46 v.H. sind völlig auf sich selbst gestellt. Bei den Studentinnen sind die Verhältnisse nicht ganz so trostlos. Von ihnen können 61 v.H. mit elterlicher Unterstützung rechnen; andererseits finden sie ungleich schwieriger zusätzliche Verdienstmöglichkeiten. Durchschnittlich stehen den Studenten im Monat knapp 110 DM zur Verfügung, 180 DM werden als Minimum errechnet. Dieses Lavieren am Rande der Existenznot begleitet sie über den gesamten Zeitraum ihres 4 bis 6-jährigen Studiums.

Die Folgen zweier Inflationen

Für diese finanzielle Bedrängnis und die unzureichende Unterstützung durch die Familie gibt es eine primäre Ursache: der Trend unserer sozialen Entwicklung. Aus einer auf alle Hochschulen ausgedehnten Untersuchung geht hervor, dass die Väter der studierenden Jugend seit der Jahrhundertwende unverändert derselben soziologischen Gruppe angehören. Sie zählen zu 80 v.H. zum unselbständigen Mittelstand. Gerade diese Schicht aber wurde von den wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten 50 Jahre am härtesten betroffen. Ersparte Vermögen sind in zwei Inflationen dahingeschmolzen, vielfach traten bis heute nur unzureichend abgegoltene Kriegsschäden hinzu und das Einkommen der Festbesoldeten, sowie die Löhne der Arbeiter blieben allgemein hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurück. Die einst in jährlichen Raten für die Ausbildung der Kinder zurückgelegte Summe ist nicht mehr vorhanden, bzw. kann nicht mehr abgezweigt werden.

Eine zweite Ursache der studentischen Verarmung ist die völlige Interessenlosigkeit privater Vermögensträger am Schicksal der akade-

mischen Jugend. Der "Manchester Guardian" schreibt hierüber in dem bereits erwähnten Bericht:

"Es würde eine reine Zeitverschwendung bedeuten, z.B. einen Ruhrindustriellen um Geld für ein Studentenheim anzugehen. Das Höchste, was man für die Zukunft erwarten kann, ist, dass reiche Deutsche veranlasst werden können, technische Institute zu unterstützen ..."

Bis 1914 gab es im Gebiet der heutigen Bundesrepublik noch rund 60 000 private Stiftungen für Schüler und Studenten. Die Zeiten des selbstlosen Mäzenatentums sind einer materialistischen Lebensauffassung gewichen, und heute besteht vielleicht noch ein knappes Dutzend solcher Einrichtungen.

Mangelnde staatliche Unterstützung

Der Staat schliesslich, dessen Hilfe in diesem Falle am ehesten zu erwarten wäre, bemüht sich kaum, die allgemeine Misere der Studentenschaft zu beheben. Im Rahmen der internationalen Studienförderung nimmt die Bundesrepublik den untersten Platz ein. Es sind keine 10 v.H. aller Studierenden, die bei uns ihre Ausbildung aus öffentlichen Fonds bestreiten können und nur 12 v.H., die wenigstens einen teilweisen Zuschuss zu ihren Gesamtkosten erwarten dürfen. Nur diese wenigen Glücklichen erhalten eine Hilfe auf Grund nachweisbaren Kriegsfolgeschadens, die anderen stellen ihre Unterstützungsanträge in den meisten aller Fälle vergebens. Einem ganz geringen Prozentsatz wird die staatliche Förderung aus der ausschliesslichen Bewertung überdurchschnittlicher Leistungen zuteil.

Eine Umschau in Europa und - diesen Vergleich wird sich die Bundesrepublik gefallen lassen müssen - in den Ostblock-Staaten zeigt, dass dort überall eine gänzlich andere Auffassung von Wesen und Wert der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung die Richtlinien der Erziehungspolitik bestimmt. Beispielsweise erhalten in Frankreich 54 v.H. aller Studierenden ein Stipendium; in England sind es 71 v.H., wobei lediglich die erwiesene individuelle Leistung das Ausmass der Förderung beeinflusst und die Frage der sozialen Bedürftigkeit ausser Betracht bleibt. In den östlichen Ländern werden fast alle Studenten auf Staatskosten ausgebildet.

Stiefkinder des "Wirtschaftswunders"

Wenn nur bei uns von seiten der prüfenden Hochschullehrer und der übernehmenden Institutionen Beschwerden über mangelhafte Leistungen der studentischen Abgänge geführt werden, wenn allenthalben Klage

über einen Mangel an vollwertig ausgebildeten Kräften laut wird, dann mögen alle, die mit mahnendem Zeigefinger auf die solide Wissensgrundlage vergangener Jahrzehnte weisen, daran denken, dass es ein übermenschliches Leistungsvermögen voraussetzte, sich in eine Doppelexistenz von Lernenden und Verdienendem zu spalten, ohne dass die notwendige Summe wissenschaftlicher Erkenntnis und Erfahrung darunter leidet. Auch die studentische Jugend gehört zu den Stiefkindern des "deutschen Wunders", und die wenigen Ausnahmen, die den Schein der Wohlhabenheit vor sich hertragen, sind für ihre Gesamtheit keineswegs repräsentativ.

+ + +

Arme Besatzungskinder

FB. Wie man den Parlamentarismus zu Tode reiten kann, haben Freitag bis kurz vor Mitternacht die Koalitionsabgeordneten hinreichend bewiesen, die auf jedes Klingelzeichen zwischen Abendrot und verlängerten Dämmerstücken in den Plenarsaal eilten und, ohne oft zu wissen, um was es ging, Anträge der Opposition niederstimmten. Das war nicht nur bei den grossen politischen Anträgen so, sondern auch bei sozialdemokratischen Vorlagen, bei denen es eine Sünde gegen den gesunden Menschenverstand war, sie abzulehnen, walzte die Koalitions-Abstimmungsmaschine alles nieder.

So hatte die SPD-Fraktion beispielsweise beantragt, von den Stationierungskosten in Höhe von rd. 3 Mia. DM. den Betrag einzubehalten, der erforderlich ist, um die von den Besatzungssoldaten verweigerten Unterhaltszahlungen zu leisten. Es geht dabei in erster Linie um die Kinder, die die Leidtragenden dieser Nachkriegswirren sind, ganz abgesehen davon, dass bisher der Fürsorge und damit dem deutschen Steuerzahler die ganze Last aufgebürdet wird. Nicht vergessen sollte man auch die vielen Mütter, die nicht zu den sogenannten "Besatzungsliebchen" gehören, sondern die durch schicksalhafte Verstrickungen heute gezwungen sind, auf der Fürsorge zu betteln, während sie einen klaren Rechtsanspruch haben.

Man schätzt, dass etwa 50 000 solcher Besatzungskinder in der Bundesrepublik leben. Wenn man einen durchschnittlichen Unterhaltsbeitrag von 50.--DM. monatlich einsetzt, dann würde die Gesamtsumme im Jahr etwa 25 - 30 Mio. DM. ausmachen, das sind knapp 1% der Stationierungskosten, die die Mehrheit bereitwillig bewilligt hat.

Aber alle Argumente haben nicht geholfen: die Abstimmungsmaschine hat auch diesen Antrag zu Fall gebracht. Und wie es der Zufall will, haben an gleichen Tage die Vertreter der Bundesregierung in Genf ein internationales Abkommen der sogenannten Zustellungspflicht unterzeichnet, das die Unterhaltszahlungen für Väter eines anderen Landes regeln und eintreiben will. Die USA haben dieses Abkommen nicht unterzeichnet. Gerade deshalb wäre es umso notwendiger gewesen, den sozialdemokratischen Antrag anzunehmen, denn nach dieser Entwicklung werden die unschuldigen Besatzungskinder weiterhin vergeblich auf ihre Rechtsansprüche warten müssen. Aber was gelten im Bundestag Argumente und Logik, entscheidend ist das sture Handaufheben.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau